

**Art. 17.** De biljetten kunnen de volgende vermeldingen bevatten :

1° uitleg, voorschriften en informatie bestemd voor de spelers;

2° reclame voor de Nationale Loterij en, mits financiële of andere compensatie, voor derden met wie de Nationale Loterij het commercieel opportuun acht om samen te werken teneinde haar activiteiten te promoten.

**Art. 18.** Dit besluit treedt in werking de dag waarop het in het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

**Art. 19.** De minister bevoegd voor de Nationale Loterij is belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 8 oktober 2014.

FILIP

Van Koningswege :  
De Minister van Financiën,  
K. GEENS

**Art. 17.** Les billets peuvent comporter les mentions :

1° explicatives, réglementaires et informatives destinées aux joueurs;

2° publicitaires en faveur de la Loterie Nationale et, moyennant contrepartie financière ou autre, en faveur de tiers avec lesquels la Loterie Nationale estime commercialement opportun de collaborer pour promouvoir ses activités.

**Art. 18.** Le présent arrêté entre en vigueur le jour de sa publication au *Moniteur belge*.

**Art. 19.** Le ministre qui a la Loterie Nationale dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 8 octobre 2014.

PHILIPPE

Par le Roi :  
Le Ministre des Finances,  
K. GEENS

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C – 2014/14594]

**13 JUNI 2012.** — Koninklijk besluit betreffende de aansprakelijkheid van vervoerders van passagiers over zee bij ongevallen. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 13 juni 2012 betreffende de aansprakelijkheid van vervoerders van passagiers over zee bij ongevallen (*Belgisch Staatsblad* van 14 september 2012).

Deze vertaling is opgemaakt door de Vertaaldienst van de Federale Overheidsdienst Mobiliteit en Vervoer in Brussel.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C – 2014/14594]

**13 JUIN 2012.** — Arrêté royal relatif à la responsabilité des transporteurs de passagers par mer en cas d'accident. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 13 juin 2012 relatif à la responsabilité des transporteurs de passagers par mer en cas d'accident (*Moniteur belge* du 14 septembre 2012).

Cette traduction a été établie par le Service de traduction du Service public fédéral Mobilité et Transports à Bruxelles.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

[C – 2014/14594]

**13. JUNI 2012** — Königlich erlassener Erlass über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See  
Deutsche Übersetzung

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des königlichen Erlasses vom 13. Juni 2012 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See.

Diese Übersetzung ist vom Übersetzungsdienst des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen in Brüssel erstellt worden.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST MOBILITÄT UND TRANSPORTWESEN

**13. JUNI 2012** — Königlich erlassener Erlass über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 30. Januar 2012 zur Regelung von in Artikel 78 der Verfassung erwähnten Angelegenheiten in Sachen Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See, Artikel 6;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 8. April 2010;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministers des Haushalts vom 11. Mai 2010;

Aufgrund der Beteiligung der Regionalregierungen an der Ausarbeitung des vorliegenden Erlasses;

Aufgrund der vorherigen Untersuchung hinsichtlich der Notwendigkeit der Durchführung einer Nachhaltigkeitsprüfung mit der Schlussfolgerung, dass keine Nachhaltigkeitsprüfung erforderlich ist;

Aufgrund des Gutachtens Nr. 51.108/4 des Staatsrates vom 16. April 2012, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag des Ministers der Nordsee,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

##### KAPITEL 1 — Definitionen

**Artikel 1** - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses ist zu verstehen unter:

1. "Beauftragter Beamter": der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnte Beamte;

2. "PAL-Bescheinigung": eine in Artikel 4bis, Paragraph 2 des Athener Übereinkommens von 2002 erwähnte Bescheinigung.

##### KAPITEL 2 — Die für die Ausstellung einer PAL-Bescheinigung zuständige Behörde

**Art. 2** - Die PAL-Bescheinigungen für Schiffe, die unter belgischer Flagge fahren, werden vom Generaldirektor der Generaldirektion Seeverkehr des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen ausgestellt.

Der beauftragte Beamte kann, falls er dies als zweckmäßig erachtet und unter den von ihm gestellten Bedingungen, PAL-Bescheinigungen für Schiffe, die unter der Flagge eines anderen Staates als Belgien fahren, der keinen Vertragsstaat zum Athener Übereinkommen von 2002 darstellt, unter folgenden Umständen ausstellen:

1. das Schiff läuft einen belgischen Hafen an;
2. oder der Eigentümer oder der Reeder des Schiffes hat seinen Wohnsitz oder seine Niederlassung in Belgien;
3. oder auf Antrag des Staates, unter dessen Flagge das Schiff fährt.

#### KAPITEL 3 — *Beantragung, Prüfung, Ausstellung, Ablehnung und Entzug der PAL-Bescheinigungen*

**Art. 3** - Der Antrag auf Erhalt einer in Artikel 2 erwähnten PAL-Bescheinigung wird beim beauftragten Beamten unter den durch ihn festgelegten Bedingungen eingereicht.

**Art. 4** - Der Antragsteller fügt dem an den beauftragten Beamten gerichteten Antrag ein Attest des Versicherers oder einer anderen Person, die die finanziellen Sicherheiten stellt, bei, aus der hervorgeht, dass die in den Paragraphen 1 und 6 von Artikel 4bis des Athener Übereinkommens von 2002 erwähnten Bedingungen erfüllt sind.

Der beauftragte Beamte kann unter den Bedingungen, die er dazu festlegt, ein Attest des Versicherers oder einer anderen Person, die die finanziellen Sicherheiten stellt, in elektronischer Form annehmen. Der beauftragte Beamte kann die Ausstellung einer PAL-Bescheinigung ablehnen oder eine durch ihn ausgestellte PAL-Bescheinigung entziehen, wenn auf sein Ersuchen keine Originalbescheinigung auf Papier vorgelegt wird.

**Art. 5** - Vorbehaltlich der Zuständigkeiten der Belgischen Nationalbank kann der beauftragte Beamte die Ausstellung der PAL-Bescheinigung ablehnen oder eine durch ihn ausgestellte PAL-Bescheinigung entziehen, wenn er der Meinung ist, dass nicht ausreichend nachgewiesen ist,

1. dass alle im Athener Übereinkommen von 2002 und seinen Ausführungsbestimmungen festgelegten Auflagen erfüllt sind;
2. oder dass die Versicherung oder finanziellen Sicherheiten tatsächlich die Unfallhaftung von Beförderern im Sinne des Athener Übereinkommens von 2002 decken;
3. oder dass der betreffende Versicherer oder eine andere Person, die die finanziellen Sicherheiten stellt, ordnungsgemäß ermächtigt ist, die mit der Versorgung mit der durch das Athener Übereinkommen von 2002 vorgeschriebenen Versicherung oder finanziellen Sicherheiten verbundene Geschäftstätigkeit auszuüben;
4. oder dass der betreffende Versicherer oder eine andere Person, die die finanziellen Sicherheiten stellt, vertrauenswürdig und finanziell in der Lage ist, den vom Athener Übereinkommen von 2002 auferlegten Verpflichtungen nachzukommen.

Der beauftragte Beamte kann alle zusätzlichen Informationen im Hinblick auf die dazugehörige Untersuchung einholen. Die Beweislast liegt beim Antragsteller der PAL-Bescheinigung.

**Art. 6** - Unbeschadet der diesbezüglichen Bestimmungen des Athener Übereinkommens von 2002 wird das Muster der in Artikel 2 erwähnten PAL-Bescheinigungen durch den beauftragten Beamten festgelegt.

**Art. 7** - Die in Artikel 2 erwähnten PAL-Bescheinigungen werden für eine Dauer, deren Ablaufdatum mit dem Ablaufdatum der Versicherung oder finanziellen Sicherheiten übereinstimmt, mit einer Höchstdauer von 5 Jahren, ausgestellt.

**Art. 8** - Die Ablehnung der Ausstellung einer PAL-Bescheinigung wird dem Antragsteller der Bescheinigung notifiziert. Der Antragsteller oder der auf der betreffenden Bescheinigung anzugebende Beförderer, der die Beförderung tatsächlich durchführt, kann fakultativen Widerspruch gegen eine Ablehnung der Ausstellung einer PAL-Bescheinigung beim Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Seeverkehr gehört, innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach dem Empfangsdatum der Notifizierung über die Ablehnung, die beantragte Bescheinigung auszustellen, einlegen.

Der Entzug einer PAL-Bescheinigung wird dem auf der betreffenden Bescheinigung angegebenen Beförderer, der tatsächlich die Beförderung durchführt, notifiziert. Der auf der betreffenden Bescheinigung angegebene Beförderer, der die Beförderung tatsächlich durchführt, kann fakultativen Widerspruch gegen einen Entzug einer PAL-Bescheinigung beim Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Seeverkehr gehört, innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach dem Empfangsdatum der Notifizierung über den Entzug einer Bescheinigung, einlegen.

#### KAPITEL 4 — *Register der Versicherungsbestätigungen oder sonstigen finanziellen Sicherheiten*

**Art. 9** - Die Generaldirektion Seeverkehr des Föderalen Öffentlichen Dienstes Mobilität und Transportwesen führt die im Athener Übereinkommen von 2002 erwähnten Registers und der sich darauf beziehenden Atteste der Versicherer oder einer anderen Person, die die finanziellen Sicherheiten stellt, in einem Register der Versicherungsbestätigungen oder sonstiger finanzieller Sicherheiten.

Der beauftragte Beamte stellt jedem Interessehabendem, auf dessen Antrag, beglaubigte Abschriften der PAL-Bescheinigungen des in Absatz 1 erwähnten Registers und der sich darauf beziehenden Atteste der Versicherer oder einer anderen Person, die die finanziellen Sicherheiten bezüglich der Bescheinigungen stellt, aus oder er stellt gegebenenfalls ein Attest über die Nichtausstellung aus.

#### KAPITEL 5 — *Vergütungen*

**Art. 10** - Die Vergütung für die Ausstellung einer in Artikel 2 erwähnten PAL-Bescheinigung beträgt 25 EUR. Die Vergütung für die Ausstellung einer beglaubigten Abschrift oder eines Attests über die Nichtausstellung, erwähnt in Artikel 9 Absatz 2, beträgt 12,50 EUR.

Die im ersten Absatz erwähnten Beträge werden jährlich am 1. Januar an den Verbraucherpreisindex auf Grundlage der folgenden Formel angepasst: der im ersten Absatz festgelegte Grundbetrag multipliziert mit dem neuen Indexwert und geteilt durch den Anfangsindex. Der neue Indexwert entspricht dem Verbraucherpreisindex des Monats November des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, indem der Betrag der Vergütung angepasst wird. Der Anfangsindex entspricht dem Verbraucherpreisindex des Monats November 2012. Das erhaltene Ergebnis wird auf den nächsten Euro aufgerundet, wenn die Dezimalzahlen des berechneten Betrags höher oder gleich 50 Cent sind. Es wird auf den nächsten Euro abgerundet, wenn dieser Teil niedriger als 50 Cent ist.

Die Vergütung für die Ausstellung einer in Artikel 2 erwähnten PAL-Bescheinigung ist vom Antragsteller oder dem auf der betreffenden Bescheinigung angegebenen Beförderer, der die Beförderung tatsächlich durchführt, zu entrichten. Die Vergütung für die Ausstellung einer beglaubigten Abschrift oder eines Attests über die Nichtausstellung, erwähnt in Artikel 10 Absatz 2, ist vom Antragsteller zu entrichten.

Die Vergütungen werden nach den Anweisungen des beauftragten Beamten bezahlt.

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen*

**Art. 11** - Vorliegender Erlass tritt frühestens an den folgenden Daten in Kraft:

- Datum des Inkrafttretens des Beitritts Belgien zum Protokoll von 2002 zum Athener Übereinkommen von 1974 über die Beförderung von Reisenden und ihrem Gepäck auf See;
- Geltungsbeginn der Verordnung (EG) Nr. 392/2009 vom 23. April 2009 über die Unfallhaftung von Beförderern von Reisenden auf See.

**Art. 12** - Der Minister, zu dessen Zuständigkeitsbereich der Seeverkehr gehört, ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 13. Juni 2012

ALBERT

Von Königs wegen:

Der Minister der Nordsee

J. VANDE LANOTTE

## FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER

[C - 2014/14619]

**25 SEPTEMBER 2014.** — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 19 april 2014 betreffende de inning en de consignatie van een som bij de vaststelling van overtredingen inzake het wegverkeer voor wat betreft de overtredingen van de vierde graad

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet betreffende de politie over het wegverkeer, gecoördineerd op 16 maart 1968, artikel 65, vervangen bij de wet van 29 februari 1984 en gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990, 26 maart 2007 en 9 maart 2014;

Gelet op het koninklijk besluit van 19 april 2014 betreffende de inning en de consignatie van een som bij de vaststelling van de overtredingen inzake het wegverkeer, gewijzigd bij het koninklijk besluit van 25 juni 2014;

Gelet op de betrokkenheid van de gewestregeringen;

Gelet op de adviezen van de Inspecteurs van Financiën, gegeven op 31 maart 2014 en 3 juni 2014;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister van Begroting, d.d. 1 april 2014;

Gelet op advies 55.869/4 van de Raad van State, gegeven op 23 april 2014, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Binnenlandse Zaken, de Minister van Financiën, de Minister van Justitie en de Staatssecretaris voor Mobiliteit,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

**Artikel 1.** In artikel 2, 1°, c, van het koninklijk besluit van 19 april 2014 betreffende de inning en de consignatie van een som bij de vaststelling van de overtredingen van de wet inzake het wegverkeer, worden de woorden "330 euro" vervangen door de woorden "450 euro".

**Art. 2.** Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2015.

**Art. 3.** De minister bevoegd voor Binnenlandse Zaken, de minister bevoegd voor de Financiën, de minister bevoegd voor Justitie en de minister bevoegd voor het Wegverkeer zijn, ieder wat hem betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Gegeven te Brussel, 25 september 2014.

FILIP

Van Koningswege :

De Minister van Binnenlandse Zaken,

Melchior WATHELET

De Minister van Financiën,

Koen GEENS

De Minister van Justitie,

Maggie DE BLOCK

De Staatssecretaris voor Mobiliteit,

Catherine FONCK

## SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS

[C - 2014/14619]

**25 SEPTEMBRE 2014.** — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 19 avril 2014 relatif à la perception et à la consignation d'une somme lors de la constatation d'infractions en matière de circulation routière pour ce qui concerne les infractions du quatrième degré

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi relative à la police de la circulation routière, coordonnée le 16 mars 1968, l'article 65, remplacé par la loi du 29 février 1984 et modifié par les lois du 18 juillet 1990, 26 mars 2007 et 9 mars 2014;

Vu l'arrêté royal du 19 avril 2014 relatif à la perception et à la consignation d'une somme lors de la constatation d'infractions en matière de circulation routière, modifié par l'arrêté royal du 25 juin 2014;

Vu l'association des gouvernements régionaux;

Vu les avis des Inspecteurs des Finances donnés le 31 mars 2014 et le 3 juin 2014;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 1 avril 2014;

Vu l'avis 55.869/4 du Conseil d'Etat, donné le 23 avril 2014, en application de l'article 84, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, des lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre de l'Intérieur, du Ministre des Finances, de la Ministre de la Justice et de la Secrétaire d'Etat à la Mobilité,

Nous avons arrêté et arrêtons :

**Article 1<sup>er</sup>.** Dans l'article 2, 1°, c, de l'arrêté royal du 19 avril 2014 relatif à la perception et à la consignation d'une somme lors de la constatation d'infractions en matière de circulation routière, les mots « 330 euros » sont remplacés par les mots « 450 euros ».

**Art. 2.** Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2015.

**Art. 3.** Le ministre qui a l'Intérieur dans ses attributions, le ministre qui a les Finances dans ses attributions, le ministre qui a la Justice dans ses attributions, et le ministre qui a la Circulation routière dans ses attributions, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Donné à Bruxelles, le 25 septembre 2014.

PHILIPPE

Par le Roi :

Le Ministre de l'Intérieur,

Melchior WATHELET

Le Ministre des Finances,

Koen GEENS

La Ministre de la Justice,

Maggie DE BLOCK

La Secrétaire d'Etat à la Mobilité,

Catherine FONCK